

## “Towards a Euro-Atlantic and Eurasian Security Community”

### Internationaler Workshop im Auswärtigen Amt

Am 20. März 2012 fand im Auswärtigen Amt in Berlin der erste Workshop der *Initiative for the Development of a Euro-Atlantic and Eurasian Security Community (IDEAS)* statt. IDEAS ist eine gemeinsame Initiative von CORE, der *Fondation pour la Recherche Stratégique* (Paris), des *Polish Institute of International Affairs (PISM)*, und des *Moscow State Institute of International Relations (University) of the Russian Foreign Ministry (MGIMO)*. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, der Vision einer Sicherheitsgemeinschaft – eine Region, in der Konflikte ohne Krieg oder die Androhung von Krieg gelöst werden – mehr Substanz zu verleihen. Das Ziel, eine Sicherheitsgemeinschaft zu schaffen, war von den OSZE-Staats- und Regierungschefs auf ihrem Gipfeltreffen in Astana 2010 angenommen worden. Das Berliner Treffen brachte mehr als 100 Teilnehmer und Gäste aus 30 OSZE-Teilnehmerstaaten zusammen, darunter 25 Botschafter. Für den irischen OSZE-Vorsitz nahm Botschafter Lars-Erik Lundin teil, vom OSZE-Sekretariat Botschafter Adam Kobieracki, der Direktor des OSZE-Konfliktverhütungszentrums.

Bundesaußenminister Guido Westerwelle eröffnete den Workshop mit einer engagierten und umfassenden Rede, welche die wichtigsten Arbeitsgebiete der OSZE von konventioneller und nuklearer Rüstungskontrolle bis zur menschlichen Dimension berührte. Der Außenminister hob insbesondere die Notwendigkeit hervor, der Vision einer Sicherheitsgemeinschaft mehr Substanz zu verleihen, und bekräftigte, dass die deutsche Bundesregierung an der Arbeit von IDEAS Interesse habe und sie unterstützen wolle. Online unter ([http://www.pressrelations.de/new/standard/result\\_main.cfm?pfach=1&n\\_firm\\_anr\\_=109207&sektor=pm&detail=1&r=487869&sid=&aktion=jour\\_pm&quelle=0](http://www.pressrelations.de/new/standard/result_main.cfm?pfach=1&n_firm_anr_=109207&sektor=pm&detail=1&r=487869&sid=&aktion=jour_pm&quelle=0)). In seiner Begrüßung hatte Wolfgang Zellner, der Leiter von CORE, dem Auswärtigen Amt für dessen nachhaltige Unterstützung, ohne die der Workshop nicht möglich gewesen wäre, herzlich gedankt.

Der erste runde Tisch, der sich mit den grundlegenden Voraus-

setzungen einer Sicherheitsgemeinschaft befasste, wurde von Professor emeritus Robert H. Legvold von der *Columbia University* eingeleitet. Er ist ebenfalls Direktor der *Euro-Atlantic Security Initiative (EASI)*, einer Initiative des früheren U.S.-Senators Sam Nunn, des ehemaligen russischen Außenministers Igor Iwanow und des deutschen Staatssekretärs a.D. Wolfgang Ischinger, die im Februar 2012 einen weithin beachteten Bericht veröffentlichte. Robert Legvold benannte Misstrauen und Mangel an politischem Willen als die wichtigsten Hindernisse auf dem Weg zu einer Sicherheitsgemeinschaft und skizzierte eine Reihe von Schlüsselgebieten für Kooperation, unter anderen Raketenabwehr und Energiefragen. In der anschließenden Diskussion wurde diese



Eröffnung des IDEAS Workshops in Berlin: Dr. Wolfgang Zellner, CORE und Außenminister Dr. Guido Westerwelle (Photo: CORE)



Unter den Teilnehmer/-innen des IDEAS Workshops: Dr. Pál Dunay, Geneva Center for Security Policy und Staatssekretär a.D. Wolfgang Ischinger (Photo: CORE)



Staatssekretärin Dr. Emily Haber bei ihrer Ansprache zum abendlichen Empfang der Teilnehmer/-innen des IDEAS Workshops (Photo: CORE)

Idee strategischer und das ‚Spiel verändern‘ Kooperationsprojekte von einer Reihe von Sprechern aufgenommen. Andere Teilnehmer/innen sprachen die globale Interdependenz, den wachsenden Druck auf nationale und internationale Institutionen, die andauernde Wirkung des Sicherheitsdilemmas und das Fehlen gemeinsamer Werte an. Es wurde auch die Frage aufgeworfen, ob es wirklich eine objektive Notwendigkeit für eine Sicherheitsgemeinschaft gäbe oder ob dies nur eine nette Idee wohlmeinender Leute sei.

Der zweite runde Tisch befasste sich mit der institutionellen Dimension einer Sicher-



Eine Gruppe von Teilnehmern des IDEAS Workshops (Photo: Auswärtiges Amt)

heitsgemeinschaft. Er wurde von Ruprecht Polenz, Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzender dessen Auswärtigen Ausschusses eingeleitet. Er betonte die Notwendigkeit, auf der Grundlage von Arrangements gemeinsamer Sicherheit und geteilter Werte in einer global interdependenten Welt mehr Sicherheit zu schaffen. Im Anschluss daran legten hochrangige Vertreter der NATO (Stellvertretender Generalsekretär Botschafter Dirk Brengelmann) und der EU (Botschafterin Mara Marinaki) die Mandate und Aufgaben ihrer Organisationen dar. Dem folgten Beiträge unter anderem über ungelöste subregionale Konflikte, den spezifischen Platz Eurasiens im Konzept einer Sicherheitsgemeinschaft, Russlands Rolle in diesem Rahmen, die gegenwärtigen und künftigen Beiträge der OSZE zu einer euro-

atlantischen und eurasischen Sicherheitsgemeinschaft und über die Notwendigkeit eines Durchbruchs.

Pál Dunay vom Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik leitete den dritten runden Tisch ein, der sich mit Rüstungskontrolle befasste. Er hob den Rückgang identifizierbarer gewaltsamer zwischenstaatlicher Bedrohungen hervor. Dunay befasste sich mit dem georgisch-russischen Krieg 2008 und wies während darauf hin, dass das Niveau militärischer Transparenz bereits abgenommen und der amerikanisch-russische ‚Neustart‘ sich bisher auf Nuklearfragen beschränkt habe. In der Diskussion wurde eine Reihe von Fragen angesprochen einschließlich der widersprüchlichen Verbindung zwischen Rüstungskontrolle und subregionalen Konflikten, der Beziehung zwischen militärischer Zusammenarbeit und

Rüstungskontrolle, der Frage rechtlich versus politisch verbindlicher Instrumente und des Für und Wider des gegenwärtig modernen Transparenz-Ansatzes.

Schließlich bot der vierte Runde Tisch, der keinem spezifischen Gegenstand gewidmet war, die Gelegenheit, Fragen anzusprechen, die weiterer Diskussion bedurften. In seiner Einleitung betonte Staatssekretär a.D. Wolfgang Ischinger, dass globale und regionale Governance eine Wachstumsindustrie darstelle. Er warnte vor einer Vernachlässigung von Rüstungskontrolle als eines der wenigen außenpolitischen Instrumente, das sich in den meisten Ländern einer breiten Unterstützung verschiedener politischer Kräfte erfreue. Ein anderer Beitrag betonte die Notwendigkeit zu erklären, *warum* wir eine Sicherheitsgemeinschaft brauchen.

Man war sich allgemein darüber einig, dass der Berliner Workshop eine Vielzahl nützlicher Beiträge zur Klärung der Substanz einer euro-atlantischen und eurasischen Sicherheitsgemeinschaft erbracht habe und so einen guten Start des IDEAS Workshop-Zyklus darstelle, der in Warschau (Mai), in Paris (Juni) und Moskau (Juli) fortgeführt werden wird.

*Kontakt:*

Frank Evers

Wolfgang Zellner

[evers@ifsh.de](mailto:evers@ifsh.de)

[zellner@ifsh.de](mailto:zellner@ifsh.de)

## “European Security Economics: Lessons Learnt and the Way Forward” Abschließender EUSECON Workshop und Policy Session in Brüssel

Am 6. und 7. Februar 2012 fand in Brüssel ein abschließendes Treffen der Projektpartner des EUSECON-Projektes (*A New Agenda for European Security Economics*) statt, bei dem der Europäischen Kommission und anderen europäischen politischen Entscheidungsträgern Forschungsergebnisse präsentiert wurden. Das Treffen wurde vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin als Projektleiter sowie dem Centre for European Policy Studies (CEPS) als Partner vor Ort organisiert. Das IFSH war in Brüssel durch Michael Brzoska, Raphael Bossong, Eric van Um und Hendrik Hegemann vertreten, die ihre aktuellen Forschungsergebnisse vorstellten.

EUSECON wird im 7. Forschungsrahmenprogramm seit März 2008 von der Europäischen Kommission gefördert und zählt neben dem IFSH weitere 13 Projektpartner aus acht europäischen Ländern und Israel. Im Zentrum des Projekts stehen ökonomische Ansätze zur Analyse der Ursachen, Dynamiken und Effekte von Sicherheitsbedrohungen und darüber hinaus auch der Kosten, Effektivität und Hintergründe europäischer Sicherheitspolitik. Das Feld von Sicherheitsbedrohungen umfasst dabei Terrorismus, organisierte Kriminalität, zunehmend aber auch Piraterie.

Inhaltlich standen am ersten Tag aktuelle Forschungsarbeiten der Projektpartner im Mittelpunkt, darunter beispielsweise die Arbeit von Federico Varese (Universität Oxford), der als Experte über organisierte Kriminalität seine Studien zum Verhalten von Mafia-Clans in Italien und Russland vorstellte.

Am zweiten Tag wurden insbesondere Forschungsergebnisse mit europäischem Policy-Bezug vorgestellt und diskutiert. Im Kern stand dabei die Frage, inwiefern EUSECON für europäische Sicherheits- und Antiterrorpolitik im Speziellen einen Mehrwert generieren und Handlungsanweisungen liefern kann. In diesem Zusammenhang stellten IFSH-Mitarbeiter eigene Arbeiten vor. Eric van Um gab einen konzeptionellen Überblick über die thematischen Schwerpunkte des Projekts und stellte Implikationen für politische Entscheidungsträger vor. Michael Brzoska beleuchtete kritisch Maßnahmen, die sich gegen die Finanzierung von Terrorismus richten. Er legte seinen Schwerpunkt dabei auf die Frage, inwiefern solche Maßnahmen sowohl effizient als auch effektiv sein können. Raphael Bossong setzte sich in seinem Vortrag mit EU-Ansätzen zur Generierung von „best practices“ im Bereich der Antiterrorpolitik auseinander.

Schwerpunkt in den Präsentationen des zweiten Tages und den anschließenden Diskussionen war die Effektivität von Sicherheitsmaßnahmen. Die Vortragenden kamen dabei zu einer weitgehend kritischen Bewertung im Hinblick auf Kosten und Nutzen europäischer Sicherheitspolitiken. Michael Brzoska zeigte dies exemplarisch für die Maßnahmen, die sich gegen die Finanzierung terroristischer Gruppen richten. Deren Umsetzung führe inzwischen zu einem kaum mehr erkennbaren Nutzen, zugleich aber zu enormen Kosten.

Aus dem EUSECON-Projekt ist in der vierjährigen Laufzeit eine Vielfalt (auch international wahrgenommener) Forschungsergebnisse entstanden. Dazu zählen sowohl mikro- als auch makro-orientierte Arbeiten, viele empirisch angeleitete Arbeiten, aber auch konzeptionelle Weiterentwicklungen. Als Teil des Projekts wurden inzwischen schon mehr als 60 Working Papers und 15 Policy Briefs geschrieben. 25 Papiere wurden im peer-reviewed Verfahren veröffentlicht, darunter viele in hochrangigen Zeitschriften.

Inhaltlich hat EUSECON wichtige Forschungsergebnisse erbracht, darunter eine erste umfassende Studie über die Finanzierung krimineller Organisationen und terroristischer





Gruppen, eine quantitative Analyse der Effekte der europäischen Anti-Piraterie-Mission vor Somalia und Studien über die Auswirkungen terroristischer Anschläge auf Wählerverhalten, öffentliche Meinung und Risikowahrnehmung. Um die Verbindung zwischen den Projekt-

partnern aufrechtzuerhalten, ist als informelles Nachfolgeprojekt ein jährliches Treffen der Partner und weiterer Interessierter geplant. Das zweite Folgetreffen (nach einem ersten in Linz) wird das IFSH im Herbst 2013 ausrichten.

*Kontakt: Eric van Um vanum@ifsh.de*

## Seminare zu taktischen Atomwaffen, Raketenabwehr und Satellitennavigation

IFAR<sup>2</sup> war an der Organisation zweier Seminare beteiligt, die sich mit der Reduzierung der Rolle taktischer Nuklearwaffen in Europa beschäftigten. Am 5. und 6. März 2012 diskutierten mehr als 30 Diplomaten, NATO-Mitarbeiter und Experten am Institut de Relations Internationales et Stratégiques (IRIS) in Paris das Thema „NATO's future deterrence posture: What can nuclear weapons contribute?“ Ein zentraler Aspekt war das Verhältnis der französischen Nuklearwaffenpolitik zur NATO. Götz Neuneck, Oliver Meier und Anne Finger beteiligten sich mit Vorträgen zu den Zusammenhängen zwischen den aktuellen US-Plänen einer Raketenabwehr in Europa und nuklearer Abschreckung, zu möglichen Änderungen in der Defence and Deterrence Posture der NATO sowie Vorschlägen für Transparenz- und vertrauensbildende Maßnahmen im Bereich taktischer Nuklearwaffen.

Beide Seminare fanden vor dem Hintergrund des NATO-Gipfels am 20.-21. Mai statt, auf dem die Allianz einen Bericht zur Neuausrichtung ihres Verteidigungs- und Abschreckungsdispositivs verabschieden will. Sie waren Teil einer Serie von Konferenzen, die das IFSH zusammen mit der Arms Control Association und dem British American Security Information Council im Rahmen des gemeinsamen, von der William and Flora Hewlett Foundation unterstützten Projekts zur Reduzierung der Rolle von taktischen Nuklearwaffen in der europäischen Sicherheit ausgerichtet. Die Debatte zur Raketenabwehr wurde mit Blick auf den NATO-Gipfel in Chicago fortgesetzt.

Auf Einladung des Instituts für Erdmessung und Satellitennavigation moderierte Götz Neuneck am 13. März 2012 zum Auftakt des „Munich Satellite Navigation Summit 2012“

in der Münchner Residenz ein Panel zum Thema „Satellite Navigation and Security“. Zehn Vertreter aus China, Russland, Japan, den USA, der Europäischen Union und Deutschland gaben Statements zum Stand und zu Zielen nationaler Satellitennavigationsprogramme wie Galileo, GPS

II, Compass, Glonass und QZSS ab und diskutierten Dual-Use-Aspekte so wie Fragen der Sicherheit und der internationalen Zusammenarbeit. Eröffnet wurde die Veranstaltung vom bayerischen stellvertretenden Ministerpräsidenten Martin Zeil.

Am 26. März besuchte der Beauftragte der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, Botschafter Rolf Nickel, das IFSH und hielt im Forschungskolloquium einen Vortrag über „Aktuelle Fragen der Abrüstungskontrollpolitik der Bundesregierung“. Schwerpunkte waren die Modernisierung des europäischen Rüstungskontrollsystems und das „unfinished busi-

ness“ bei der Verhütung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen und Kleinwaffen. In der anschließenden Diskussion wurde die Libyen-, Syrien- und Iranproblematik vertieft diskutiert.

IFAR veröffentlichte zum „Nuclear Security Summit am 26./27. März zudem ein Fact Sheet. Es wurde unter Anleitung von Oliver Meier von der MPS-Studentin Timea Kolop erstellt und ist online verfügbar unter: <http://www.ifsh.de/index.php/news-single/items/fact-sheet-zum-nuclear-security-summit-2012.html>

*Kontakt: Götz Neuneck neuneck@ifsh.de*

## IFSH-Studie zur Antipirateriepolitik der EU veröffentlicht

Als „zerfallener Staat“ und als Hochburg von Piraten, die internationale Handelswege bedrohen, gilt Somalia als Musterbeispiel dafür, dass transnationalen Risiken nur durch abgestimmte internationale Maßnahmen begegnet werden kann. Während der Prozess hin zu einer politischen Konfliktregelung seit Jahren ohne besondere Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit vor sich hin dümpelt, hat die somalische Piraterie bislang ungesehene internationale Aktivitäten initiiert: Staaten aus aller Welt bemühen sich seit 2008 Lösungsansätze zu entwickeln, um die Überfälle einzudämmen.



*Somalia im Brennpunkt (Karte IFSH)*

Dabei nimmt die EU eine besondere Stellung ein: Durch vielfältige Maßnahmen, von der ersten gemeinsamen Marineoperation, der EU NAVFOR Atalanta, über eine Mission zur Ausbildung von Sicherheitskräften der somalischen Übergangsregierung bis hin zu Maßnahmen im humanitären und entwicklungspolitischen Bereich ist die EU nicht nur der größte Geldgeber Somalias, sondern auch ein entscheidender Akteur bei der Gestaltung der Politik der internationalen Gemeinschaft.

Hans Georg Ehrhart und Kerstin Petretto haben in einer für die Fraktion der Grünen/EFA im Europäischen Parlament verfassten



*Beim IRIS/IFSH/BASIC/ACA-Workshop in Paris: (v.l.n.r.) Paul Quilès, ehem. franz. Verteidigungsminister; Lukasz Kulesa (PISM), Anne Finger (IFAR), Bruno Tertrais (FRS)*

In Moskau debattierten am 12. März mehr als 70 Teilnehmer auf einer Konferenz über das Thema „Tactical nuclear weapons and the NATO-Russia dialogue“ am Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen (IMEMO). An der Tagung, die von der Friedrich-Ebert-Stiftung mitgetragen wurde, nahmen unter anderem der Beauftragte der Bundesregierung für Abrüstung und Rüstungskontrolle, Botschafter Rolf Nickel, der für Rüstungskontrolle zuständige Abteilungsleiter im russischen Außenministerium, Mikhail D. Ulyanov, sowie hochrangige Mitarbeiter des US State Department teil. IFAR war durch Oliver Meier und Anne Finger vertreten.



Studie den politischen Gesamtansatz der EU für Somalia und Piraterie untersucht. Die Studie, die kürzlich in Brüssel und in Berlin gemeinsam mit MdEP Reinhard Bütikofer vorgestellt wurde, gibt erstmals einen Überblick über das gesamte Engagement der EU in Somalia. Die Autoren untersuchen, inwiefern die EU ihr selbstgestecktes Ziel, einen umfassenden Ansatz vernetzter Sicherheit („comprehensive approach“) anzuwenden, erreicht. Das Ergebnis ist jedoch ernüchternd: erstens gleicht die Politik der EU immer noch einem Stück-

werk ohne überwölbende Strategie; zweitens liegt der Schwerpunkt der Maßnahmen im militärischen Bereich, während zivile Lösungsansätze vernachlässigt werden; und drittens ist das Bemühen, zentralstaatliche Institutionen nach westlichem Vorbild aufzubauen, nicht nur kontraproduktiv, es lässt auch das von der EU propagierte Konzept der ownership zu einer leeren Worthülse verkommen. Die Autoren plädieren für eine Politik, die ausreichend Raum lässt für genuin somalische Lösungsansätze und dabei beachtet, dass in

Somalia noch kein Konflikt durch externe Einmischung oder militärische Mittel gelöst werden konnte.

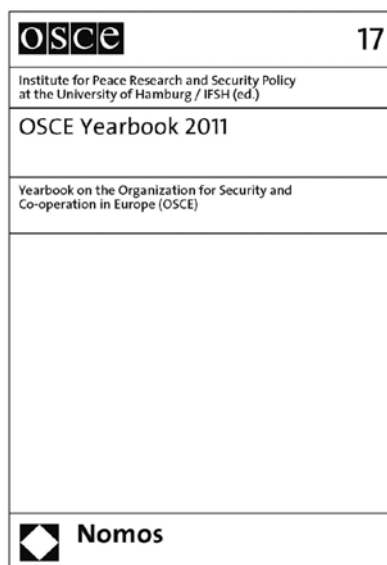
Hans-Georg Ehrhart / Kerstin Petretto: The EU and Somalia: Counter-Piracy and the Question of a Comprehensive Approach (Study for The Greens/European Free Alliance), Hamburg, February 2012. Online unter: <http://www.greens-efa.eu/the-eu-and-somalia-5416.html>

**Kontakt:**  
Hans-Georg Ehrhart [ehrbart@ifsb.de](mailto:ehrbart@ifsb.de)  
Kerstin Petretto [petretto@ifsb.de](mailto:petretto@ifsb.de)

## P U B L I K A T I O N E N

### OSCE Yearbook 2011 erschienen

Zum Auftakt des OSZE-Jahrbuchs 2011 wirft Marc Perrin de Brichambaut einen Blick zurück auf seine sechsjährige Tätigkeit als OSZE-Generalsekretär; es folgen eine Bewertung des kasachischen OSZE-Vorsitzes im Jahr 2010 sowie eine Bilanz des Korfu-Prozesses.



Der Themenschwerpunkt ist in diesem Jahr einer der erfolgreichsten Einrichtungen der OSZE gewidmet: dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR), das 2011 sein 20-jähriges Bestehen feierte. Über 20 Autoren/innen beschreiben die Aufgaben und Tätigkeiten des BDIMR

und befassen sich mit dem Schutz der Menschenrechte, Gleichstellungsfragen, der Lage der Sinti und Roma, Wahlbeobachtung oder Fragen nach der Unabhängigkeit der Gerichte in Zentralasien und im Kaukasus.

Das Engagement der USA in der OSZE-Region, Menschenrechte in Tadschikistan und die innenpolitische Entwicklung in Belarus stehen im Mittelpunkt der Länderanalysen. Die Bemühungen um Konfliktverhütung und Friedenaufbau werden anhand der Arbeit der OSZE-Missionen im Kosovo, in Moldau und in Armenien dargestellt; ein weiterer Beitrag geht der Frage nach, ob mit einem Wiederaufflammen des Krieges um Berg-Karabach gerechnet werden muss.

Andere aktuelle Themen sind die Auswirkungen des „Arabischen Frühlings“ auf die Zusammenarbeit der OSZE mit ihren Partnerländern im Mittelmeerraum, die japanische Außenpolitik gegenüber Zentralasien sowie die Weiterentwicklung vertrauensbildender Maßnahmen.

Das Jahrbuch enthält einen umfangreichen Anhang mit Daten und Fakten zu den 56 OSZE-Teilnehmerstaaten und einer aktuellen Literaturauswahl.

Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg/IFSH (ed.), OSCE Yearbook 2011. Yearbook on the Organization for Security and Co-operation in Europe (OSCE), Vol. 17, Nomos, Baden-Baden 2012, ISBN 978-3-8329-7311-7, €79,-. Das OSCE Yearbook kann bestellt werden bei: Nomos Verlagsgesellschaft Postfach 10 03 10, D-76484 Baden-Baden unter: [www.nomos-shop.de/14484](http://www.nomos-shop.de/14484) oder per E-Mail an: [Vertrieb@nomos.de](mailto:Vertrieb@nomos.de)

**Kontakt:**  
Ursel Schlichting [schlichting@ifsb.de](mailto:schlichting@ifsb.de)  
Graeme Currie [currie@ifsb.de](mailto:currie@ifsb.de)

### CORE Working Paper 24

OSCE Conflict Management and the Kyrgyz Experience in 2010. Advanced Potentials, Lack of Will, Limited Options

Die jahrelange generelle Schwächung der OSZE, ihres politischen Ansehens und ihrer

strukturellen Kapazitäten haben in Verbindung mit dem schwindenden Engagement vieler wichtiger OSZE-Teilnehmerstaaten zu einer deutlichen Einschränkung ihrer Handlungsmöglichkeiten geführt. Dies bildet nicht zuletzt den ungünstigen Hintergrund für die zunehmend problematischen Engagements der OSZE im Management von Konflikten. Gezeigt hat sich das vor allem während der beiden Krisen in Kirgisistan im Jahr 2010. Im CORE Working Paper 24 definiert und analysiert Frank Evers Konfliktmanagement als ein besonderes Aufgabenfeld der OSZE. Er untersucht seine wichtigsten Charakteristika und geht auf spezifische Fragen ein, die derzeit in der OSZE diskutiert werden. Ausführlich analysiert er die begrenzte Rolle der OSZE während der Ereignisse in Kirgisistan im Jahr 2010.

**Kontakt:** Frank Evers [evers@ifsb.de](mailto:evers@ifsb.de)

### „Nahost“ und „Nordkaukasus“ – aktuelle Konfliktporträts auf der Homepage der Bundeszentrale für Politische Bildung

Auf der Homepage der Bundeszentrale für Politische Bildung (BPB) stehen im Dossier „Innerstaatliche Konflikte“ ([http://www.bpb.de/themen/K2ATUD,0,0,Innerstaatliche\\_Konflikte.html](http://www.bpb.de/themen/K2ATUD,0,0,Innerstaatliche_Konflikte.html)) interessierten Leserinnen und Lesern zwei aktuelle Konfliktporträts zur Verfügung, die von Mitarbeiterinnen des IFSH verfasst wurden. Das Konfliktporträt „Nahost“ (<http://www.bpb.de/themen/N7BUCR,0,0,Nahost.html>) stammt aus der Feder Margret Johannsens, die Kurzanalyse zum „Nordkaukasus“ (<http://www.bpb.de/themen/RX5H7C,0,0,Nordkaukasus.html>) von Regina Heller. Das Dossier „innerstaatliche Konflikte“ der BPB umfasst knapp 30 solcher Kurzanalysen, in denen die Hintergründe, Ursachen und Dynamiken aktueller innerstaatlicher Auseinandersetzungen skizziert und von den Autorinnen und Autoren bewertet werden.

**Kontakt:**  
Regina Heller [heller@ifsb.de](mailto:heller@ifsb.de)  
Margret Johannsen [johannsen@ifsb.de](mailto:johannsen@ifsb.de)



**IFSH aktuell**  
Ausgabe 91  
Februar/März 2012

Verantwortlich für diese Ausgabe:  
Susanne Bund, Anna Kreikemeyer

Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg  
Beim Schlump 83 · 20144 Hamburg  
Tel. (040) 866 077 67 · Fax: (040) 866 36 15  
E-Mail: [ifsh@ifsh.de](mailto:ifsh@ifsh.de) · <http://www.ifsh.de>